

Postulat 100

Für mehr Konzentration und soziales Miteinander – Handyverbot an Luzerner Schulen

Peter Gmür, Diel Schmid Meyer und Elena Wiss namens der Mitte-Fraktion vom 18. Juli 2025

Kinder und Jugendliche verbringen heute einen grossen Teil ihres Alltags online. Die Bildschirmzeit steigt, die Konzentrationsfähigkeit sinkt – und Lehrpersonen berichten zunehmend von Ablenkung, Unruhe und sozialen Spannungen im Schulalltag. Immer mehr Studien zeigen: Der unbegleitete Gebrauch von Smartphones & Co. hat tiefgreifende Auswirkungen auf das Lernen und das Miteinander.

Gemäss einer aktuellen [Sotomo-Umfrage](#) sprechen sich 82 Prozent der Schweizer Bevölkerung für ein Verbot von Handys an Schulen aus. Diese breite Zustimmung signalisiert ein wachsendes Bewusstsein für die Chancen, aber auch die Risiken digitaler Technologien, gerade für Kinder und Jugendliche. Im Zentrum stehen Sorgen rund um Suchtverhalten, Konzentrationsschwierigkeiten und den Verlust an direkter sozialer Interaktion.

Länder wie Frankreich und Italien haben längst gehandelt und klare Regeln eingeführt. Auch in der Schweiz gehen bereits mehrere Kantone und Gemeinden diesen Weg, zuletzt die Gemeinde Emmen. Ziel ist es, die Qualität des Unterrichts zu stärken und das soziale Miteinander im Schulalltag zu fördern.

Die [Antwort des Luzerner Stadtrates auf die Interpellation 393](#) vom 12. August 2024 mit dem Titel «[Welche Handy-Regeln gelten an den Schulen der Stadt Luzern?](#)» hat gezeigt: In der Stadt Luzern fehlt eine einheitliche Regelung. Jede Schule entscheidet selbst über den Umgang mit privaten Mobilgeräten – mit entsprechend unterschiedlichen Ergebnissen.

Wir bitten den Stadtrat, eine stadtweit einheitliche Regelung zum Verbot privater Mobilgeräte an Schulen zu schaffen – im Interesse eines ungestörten Lernumfelds und der sozialen Entwicklung der Kinder.

Unser Anliegen zielt dabei klar auf die private und unbeaufsichtigte Nutzung von Geräten wie Handys, Smartwatches und Tablets während des Schulalltags, namentlich während der Pausen und unterrichtsfreien Zeiten. Es geht nicht darum, neue Technologien grundsätzlich zu verbannen. Im Gegenteil: Digitale Medien sollen bewusst und begleitet eingesetzt werden, und zwar dort, wo sie den Unterricht sinnvoll bereichern und pädagogisch eingebettet sind.

Eine solche Regelung würde nicht nur für Klarheit sorgen, sondern auch die Schulleitungen und Lehrpersonen in ihrer täglichen Arbeit entlasten. Denn digitale Bildung braucht klare Rahmenbedingungen und vor allem: analoge Pausen.